

VOR 70 JAHREN

17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR

Immer wenn die Ostdeutschen auf die Straßen gingen, haben die Westdeutschen davon profitiert: Nach dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 bekamen sie einen Feiertag. Und nach der Oktoberrevolution 1989 gab es den 3. Oktober als neuen Feiertag.

Waren wir Christen im Osten revolutionärer? „Alle Christen sind zur Ruhe und Ordnung aufzufordern. Sie haben sich von den Demonstrationen fernzuhalten.“ Diesen Appell richtete das sächsische lutherische Landeskirchenamt am 19. Juni 1953 an die Gemeinden.

Nein, revolutionär waren wir alle nicht, weder in Ost noch West, auch wir Baptisten nicht. Viel zu sehr waren die Kirchen nach dem Ende des Krieges noch mit sich selbst beschäftigt, viel zu groß war immer noch die Angst vor den „Russen“. Gerade eine Woche zuvor hatten die Kirchenleitungen einen Burgfrieden mit der DDR-Regierung geschlossen, die Verfolgung der „Jungen Gemeinden“ sollte endlich ein Ende haben. Kirche an der Seite der Arbeiter? Deren soziale und bald auch politische Forderungen gehörten nicht zu den kirchlichen Themen.

Den Baptisten ging es vorrangig um Mission. In Bitterfeld, einem Zentrum des Juni-Aufstandes, saßen in dieser Zeit zwei Baptisten im Gefängnis, nicht, weil sie sich politisch betätigt, sondern weil sie evangelistische Traktate aus dem Westen verteilt hatten.

Sieben Jahre zuvor hatte Bundesdirektor Paul Schmidt noch im Rückblick auf die NS-Zeit betont: „Das klare Wort von Römer 13 ... verwehrt der Gemeinde eine politisch-revolutionäre Haltung“. Das große Nein der Gemeinde Jesu gegenüber dem Staat und seiner Führung sei erst dann zu sprechen, wenn die Verkündigung des Evangeliums verboten werde. Die Gemeinde Jesu habe kein Wächteramt in ihrem Volk, sondern die Heilsbotschaft zu verkündigen. Sie habe nicht den Auftrag, das Volk zu bewahren und zu behüten.



17. Juni 1953: russischer Panzer am Reichsgericht in Leipzig

Und doch, in den Akten finden sich auch Zeugnisse beherzter Baptisten: Der 28-jährige Schlosser Horst Dittberner aus der Gemeinde Meuselwitz/Thüringen war Lehrausbilder in einem Elektro-Betrieb. Als am 17. Juni 1953 die Nachrichten von Arbeiteraufständen seine Abteilung erreichten, beschloss er, eine Resolution zu verfassen, die er mit seinen Kollegen beriet: Sie forderten freie geheime Wahlen, den Wegfall der Zonengrenzen, die Senkung der Lebenshaltungskosten und den Abzug der Besatzungstruppen. Da diese Forderungen zuvor durch den Westberliner Sender RIAS verbreitet wurden und die Arbeiter sich über ihn informierten, galt bereits das handschriftliche Blatt als staatsfeindlich. Horst Dittberner und weitere vier Kollegen wurden angeklagt, er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Heute ist der 17. Juni für die unter 40-Jährigen kein Begriff mehr. Aber junge Leute gehen wieder auf die Straße – in Ost und West – für eine nachhaltige Zukunft. Und viele Baptisten sind mit dabei.

Reinhard Assmann